

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 07.11.2019  
*öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:26 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Susann Holesovsky	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugend- hilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Claudia Rosa	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugend- hilfeausschuss
Christoph Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Frau Nora Böhme	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniel Mahler	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

### **Verwaltung:**

Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
René Lukas	Protokollführer

### **Entschuldigt fehlten:**

Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) <i>Vertretung durch Herrn Kay Senius</i>
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss <i>Vertretung durch Frau Susann Holesovsky</i>
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss <i>Vertretung durch Claudia Rosa</i>
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Annika Möbius  
Mirko Petrick  
Susanne Willers  
Janice Windisch  
Tatjana Privorozki

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

**Herr Schachtschneider** leitete die Fragestunden und die Sitzung bis zum Eintreffen von Herrn Dr. Wend. Das Einverständnis der Mitglieder lag dafür vor.

**zu Einwohnerfragestunde**

---

**zu Herr Stiehler zu Zusatzbeiträgen in Kita's bei freien Trägern**

---

**Herr Jens Stiehler** sprach zu dem TOP 8.3 vor und erkundigte sich zu den Zusatzbeiträgen in Kindertagesstätten bei freien Trägern. Er fragte, wie die Stadt Halle (Saale) damit umgeht, wenn nachweislich der Träger die Mittel anders verwendet, als für das, wofür diese gedacht waren. Es werden die Zusatzbeiträge dafür eingesetzt, um Hausmeister und andere Servicekräfte für deren Arbeit zu bezahlen.

**Herr Frolow** erwiderte, dass der Sachverhalt bekannt ist. Zusatzbeiträge sind bei den freien Trägern keine Seltenheit. Wichtig ist für die Stadt, dass die Kosten, für die Beiträge erhoben werden, nicht doppelt finanziert sind. Im Einzelfall kann es sein, dass zusätzliche Standards/Bedarfe durch Zusatzbeiträge finanziert werden können. Die klassischen Fälle dazu sind bekannt, das sind besondere Angebote, die auch unter dem TOP 8.3 in der Übersicht stehen.

Bei dem Träger, der gemeint ist, hat die Prüfung ergeben, dass auch technisches Personal mit Zusatzbeiträgen finanziert worden ist. Aber nicht in der Form, dass eine Doppelfinanzierung von Personal vorliegen würde. Der Träger hat informiert, dass darüber mit dem Kuratorium gesprochen wurde. Bei der Finanzierung dieser Standards, kam es in der Vergangenheit zu einer Unterdeckung bei dem Träger gekommen ist, die dieser durch die Erhebung von Zusatzbeiträgen im laufenden Betrieb weiter deckt. Die Verwaltung kann hier nur moderierend bei den entstandenen Konflikten zwischen Träger und Eltern wirken.

**Herr Stiehler** fragte, ob über den TOP 8.3 diskutiert wird oder zur Kenntnisnahme vorliegt.

**Frau Brederlow** antwortete, dass es als Mitteilung hinterlegt wurde und Rückfragen gestattet sind. Es wird aber keine Diskussion dazu geben.

**Herr Jens Stiehler** erkundigte sich zu der Kostenübernahme von Servicekräften bei Frühstück und Vesper. Nach seiner Information wird es so lange übernommen, bis etwas vom Ministerium dazu vorliegt.

**Frau Brederlow** stellte richtig, dass es so lange übernommen wird, bis es eine konkretisierte Änderung des KiföG gibt.

**Herr Jens Stiehler** fragte nach einer Möglichkeit der tatsächlichen und rechtlichen Umsetzung, wenn ein Träger das Geld von den Eltern verlangt, und die Stadt die Kosten nicht übernimmt.

**Herr Frolow** teilte mit, dass es noch geprüft wird. Dem Träger wurde die Ansicht und Verfahrensweise der Stadt mitgeteilt und dieser wurde aufgefordert, entsprechend zu verfahren. Der Träger befindet sich noch mit der Stadt in den LQE-Verhandlungen und hat signalisiert, dass er nicht bereit ist, diesen Teil vorzufinanzieren, bevor die Stadt ihm in den genannten Verhandlungen diese Mittel nicht zusichert.

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Es lagen keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde vor.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Schachtschneider** leitete die Sitzung bis zum Eintreffen von Herrn Dr. Wend. Das Einverständnis der Mitglieder lag dafür vor.

**Herr Schachtschneider** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Brederlow** sprach an, dass Herr Petrick um die Verschiebung des TOP 8.1 gebeten hat, da er heute zur Sitzung nicht anwesend sein kann.

Da es keine weiteren Änderungswünsche gab, rief **Herr Schachtschneider** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift 15.10.2019
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements  
Vorlage: VII/2019/00283
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen

- 8.1. Bericht Aktueller Stand HALLIANZ für Vielfalt **vertagt**
- 8.2. Vorstellung des Fanprojektes
- 8.3. Zusatzkosten Kita
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen
- 10.1. Themenspeicher

**Herr Dr. Wend** übernahm die Sitzungsleitung.

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift 15.10.2019**

---

Die Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift 15.10.2019 wurde vertagt.

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es gab keine nicht öffentlichen Beschlüsse.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements  
Vorlage: VII/2019/00283**

---

**Frau Haupt** führte in den Antrag ein und begründete diesen.

**Herr Schachtschneider** sprach an, dass er sich die Homepage der Stadt München, welche im Antrag beispielhaft aufgeführt wurde, angesehen hat. Die hierfür zwei auf Honorarbasis tätige Konfliktmanagerinnen hat. Der dort hinterlegte Film, hat ihn nicht überzeugt. Er führte aus, dass es sich bei Partys und Krach am späten Abend, um ruhestörenden Lärm handelt. In München werden die Konfliktmanagerinnen nur niedrigschwellig tätig, wenn es Streetwork oder keinen anderen Bereich betrifft. Den ersten Punkt kann er nicht nachvollziehen und die Begründung sagt aus, dass fünf Stellen hierfür nötig wären. In Anbetracht der Haushaltslage der Stadt Halle (Saale) könnte er diesem Ansinnen nicht zustimmen.

Durch **Herrn Heym** wurde angesprochen, dass die finanziellen Aufwendungen, die erforderlich wären, in keinem Verhältnis zu dem Nutzen stehen, der in der Stadt Halle (Saale) zu erwarten ist. Außerdem gibt es Bedenken, dass Konflikte ungelöst bleiben und es weiter Rechtsverstöße geben wird, wenn man sich auf das Konfliktmanagement verlässt.

Es ist denkbar, dass niedrigschwellige Konflikte moderiert werden und Konzepte entwickelt würden, die einen Interessensausgleich definieren.

**Frau Manser** fragte, ob der Antrag auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet ist und wer welchen Gewinn davon haben soll.

Von **Herrn Starke** wurde angesprochen, dass für den Friedenskreis Halle e.V., Konflikte ein zentrales Thema ist. Mit dem gleichen Ansatz hat sich der Verein in einem Projekt beschäftigt, wo zu einem Workshop eine Mitarbeiterin aus München gastierte.

Im Rahmen des Projektes „Gewaltfrei streiten“ wurde in Neustadt, speziell im Südpark gearbeitet. Es wurde die Erfahrung gemacht, dass auf jeden Fall ein Bedarf da ist. Er sagte, dass der Bedarf da ist und es als wichtiges Instrument angesehen wird. Er unterstützt den Antrag, sieht aber auf jeden Fall eine konzeptionelle Schärfung.

Die Konfliktbearbeitung ist ein anderer Ansatz als das Konfliktmanagement, deswegen sollte grundsätzlich eine Unterstützung und Verständigung unter Einbezug von bestehenden Erfahrungen erfolgen. Er bot seinen Verein als Partner dazu an.

**Frau Brederlow** sagte, dass sie zu diesem Thema recherchiert hat. Der Antrag kommt bevor über das Freiraumkonzept gesprochen wird. In München geht es um die Nutzung von Freiräumen. Außerdem sprach sie an, dass die hier benannten Personalstellenanzahlen utopisch sind. München hat ca. 1,5 Mio. Einwohner und vier Festangestellte. Die fünf verlangten Personalstellen für die Stadt Halle (Saale) sind hier nicht gut durchdacht. Den Ansatz von Herrn Starke fand sie sehr interessant, dass anhand bestehender Systeme über Konfliktmanagement in den Quartieren nachgedacht werden sollte.

Bezüglich der Gründung einer Arbeitsgruppe blieb sie bei ihrer Meinung, dass nicht zu allen Problemen gleich Arbeitsgruppen gegründet werden sollten. Sie empfahl, das Anliegen im Zusammenhang mit dem Freiraumkonzept zu betrachten.

**Herr Schachtschneider** bemerkte, dass es den Ombudsmann für Soziales in der Verwaltung gibt, der auch als Partner für Konfliktbearbeitung anzusehen ist. Allerdings würden die Problemlagen, wie bspw. am August-Bebel-Platz, das stundenweise Ehrenamt übersteigen. Er wollte wissen, ob die Stellungnahme der Stadt ernst gemeint ist.

**Frau Brederlow** bestätigte, dass jede Stellungnahme der Verwaltung ernst gemeint ist.

**Frau Haupt** dankte für die Hinweise und Anregungen. Die fünf Personalstellen sind in der Begründung enthalten und das kann an der Stelle noch verringert werden. Ausgangspunkt waren die Konflikte am August-Bebel-Platz. Ein Konfliktmanagement muss wachsen und dann entstehen, wenn der politische Wille dafür da ist. Herr Rochau ist aus ihrer Sicht nicht für den öffentlichen Raum zuständig, sondern eher als Vermittler im inneren Raum zu sehen.

Die Erfahrungen des Friedenskreises wird die Fraktion aufnehmen und sich dazu austauschen.

**Frau Haupt** sagte, dass der Antrag vertagt wird und nach einem Gespräch mit dem Friedenskreis eventuell Änderungen im Antrag vorgenommen werden.

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine zentrale Stelle innerhalb der Stadtverwaltung zu schaffen, die für das gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum eine erste Konfliktanalyse vornimmt und vor Ort mit einem allparteilichen Ansatz präsent ist. Diese zentrale Stelle versteht sich als Fachstelle für nachhaltiges Konfliktmanagement im öffentlichen Raum. Die entsprechenden Kosten werden im Haushaltsplan 2020 ff. eingestellt.
2. Parallel zur Schaffung der Stelle des allparteilichen Konfliktmanagement wird empfohlen, eine Arbeitsgruppe zu gründen. Die Arbeitsgruppe sollte aus Vertreter\*innen des Fachbereiches Bildung (z .B. Streetworker\*innen) und dem Fachbereich Gesundheit ( z. B. Abt. Sozialpsychiatrie) des Ordnungsamtes und der Polizei sowie dem DLZ Bürgerengagement bestehen.
3. Es wird empfohlen, dass das Allparteiliche Konfliktmanagement einen Leitfaden „Konfliktlösung im öffentlichen Raum“ erarbeitet, der u.a. Handlungsempfehlungen für zu lösende Konflikte enthält und Grundlage der Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe und des Allparteilichen Konfliktmanagements ist.
4. Der Stadtrat regt an, dass die Stadt Halle (Saale) dem Netzwerk Kommunales Konfliktmanagement im öffentlichen Raum beitrifft und am zweiten Treffen des Netzwerkes am 8.November 2019 teilnimmt.

**zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 8      **Mitteilungen**

---

### zu 8.2      **Vorstellung des Fanprojektes**

---

**Frau Scholz und Herr Bergmann** vom Fanprojekt erhielten das Rederecht.

**Frau Scholz** stellte das Fanprojekt anhand einer Präsentation vor.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Frau Gellert** fragte, wie viele Jugendliche regelmäßig anwesend sind und in welchem Zusammenhang sich die Wissenschaft damit beschäftigt.

**Frau Scholz** teilte mit, dass Fanthemen auch wissenschaftlich diskutiert werden. Es liegen Anfragen zu wissenschaftlichen Themen vor. Eine Statistik wird derzeit noch erstellt. Es wären momentan nur Schätzungen anzugeben.

**Herr Schachtschneider** bemerkte hinsichtlich zur Person Steffen Kluge, wie sich der Zugang zu den Fans widergespiegelt hat.

**Frau Scholz** erwähnte, dass es eine große Herausforderung war, an der geleisteten Arbeit von Herrn Kluge anzuknüpfen. Es gab aber große Unterstützung von den Fans.

**Herr Schachtschneider** hinterfragte, wie die Ultras reagieren und ob diese das Fanprojekt noch boykottieren.

**Frau Scholz** sagte, dass Gespräche mit den Ultras geführt worden. Momentan wird das Fanhaus von den Ultras nicht genutzt.

**Frau Manser** fragte, wo sich das Fanhaus befindet.

**Frau Scholz** sagte, dass es sich in der Kantstraße 5 gegenüber vom Marathontor befindet.

**Herr Starke** regte an, eine Vernetzung mit den freien Trägern auszubauen. Er fragte, wie weit der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für eine positive Fankultur eine Aufgabe ist.

**Frau Scholz** bestätigte, dass die Öffentlichkeitsarbeit eine große Rolle spielt. Die präventive Arbeit soll verbessert werden.

**Herr Dr. Wend** fasste die einzelnen Redebeiträge zusammen.

### zu 8.3      **Zusatzkosten Kita**

---

**Herr Schachtschneider** bezog sich auf die schriftliche Mitteilung und den dort formulierten Satz „*Sichergestellt sein muss in jedem Fall, dass allen Kindern der Zugang zur Kindertageseinrichtung gewährleistet und damit der Besuch nicht von einer Zahlung eines Zusatzbeitrages abhängig gemacht wird.*“



Er verwies auf die restlichen Verwendungen z.B. für Essen, Veranstaltungen, Exkursionen und Geburtstagsgeschenke. Er fragte, wie die Kitas damit umgehen, wenn sich Eltern diese Zusatzbeiträge nicht leisten können.

**Herr Frolow** teilte mit, dass es einzelne Angebote in den Einrichtungen gibt, die speziell und im Einzelfall so teuer sind, dass Eltern diese sich nicht leisten können. Er hält eine zu hohe Vielzahl von Angeboten in den Kitas, für unzweckmäßig. Die Angebote sollten sich begrenzen, um sicherstellen, dass diese allen Kindern zugänglich sind.

**Herr Mahler** fragte, wie die Eltern die Information erhalten, dass keine Pflicht zur Zahlung von Zusatzbeiträgen besteht. Er regte an, diesen Aspekt auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) zu veröffentlichen.

**Herr Frolow** nahm die Anregung auf.

**Frau Gellert** wies darauf hin, dass Herr Mahler die Antwort erwartete, dass es keine Pflichtbeiträge oder Trägeranteile gibt. Diese Antwort wurde bereits im letzten Jugendhilfeausschuss gegeben. Es ist zu beachten, wenn ich einen privatrechtlichen Vertrag mit einem Träger eingeehe, dann stimme ich den Vertragsbedingungen des Trägers zu. In den Vertrag steht dann, dass der Trägeranteil zu entrichten ist. Eltern, die das nicht möchten, müssen sich Kitas suchen, wo kein Trägeranteil zu zahlen ist. Eine Erhebung eines Trägeranteils ist nicht gesetzeswidrig.

**Frau Jahn** fragte, warum es unterschiedliche Pflichtbeiträge gibt und Eltern für Bastelmaterialien aufkommen müssen.

**Herr Frolow** sagte, dass bei einigen Materialien, die angeschafft werden, der Regelbedarf in den LQE Verhandlungen enthalten ist. Tatsache ist, dass sich jede Einrichtung darüber hinaus immer mehr wünscht. Besondere Utensilien müssen dann mitfinanziert werden, die in den normalen Kostensätzen nicht verankert sind.

**Frau Jahn** fragte, in welchen Höhen sich die Pflichtbeiträge bewegen.

**Herr Frolow** wies darauf hin, dass die Pflichtbeiträge sehr unterschiedlich sind. Es besteht eine große Spannweite von 10 bis max. 40 Euro pro Monat.

**Herr Schachtschneider** betonte, dass sichergestellt sein muss, dass der Besuch nicht von einer Zahlung eines Zusatzbeitrages abhängig gemacht wird. Eltern, die diesen Beitrag nicht leisten wollen, werden dann praktisch ausgeschlossen. Er findet diese Vorgehensweise fragwürdig.

**Frau Gellert** erwähnte, dass es bestimmte Kitas in Halle (Saale) gibt, die diesen Beitrag nicht erheben. Besondere Utensilien, die auch von den Eltern verlangt werden, kosten natürlich mehr Geld. Das sind dann zusätzliche Kosten. Sie bat Herrn Schachtschneider, die betroffenen Familien zu konkretisieren, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

**Herr Mahler** bemerkte, dass es viele Einzugsgebiete gibt, wo Eltern keine Möglichkeit haben, einen Träger auszusuchen. Es bestehen somit für die Eltern keine Alternativen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### zu 9.1 Frau Gellert zum Eigenbetrieb Kita

---

**Frau Gellert** berichtete, dass sich Eltern kritisch über die Art und Weise der Anmeldung beim Eigenbetrieb Kita äußern. Sie erkundigte sich zur Anmeldeprozedur des Eigenbetriebes Kita.

**Herr Frolow** sagte, dass die Verwaltung den geschilderten Sachverhalt prüfen wird.

### zu 9.2 Frau Gellert zur Umsetzung des „Gute-Kita-Gesetzes“

---

**Frau Gellert** fragte inwieweit die Stadt Halle (Saale) mit der Umsetzung des „Gute-Kita-Gesetzes“ vorbereitet ist. Sie erwähnte hierbei die Wichtigkeit des Datenschutzgesetzes.

**Herr Frolow** sagte, dass das Anmeldeverhalten hinsichtlich der Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes im Fachbereich derzeit beobachtet wird. Eine Veränderung des Anmeldeverhaltens der Eltern wurde momentan noch nicht festgestellt.

**Herr Dr. Wend** bemerkte, dass er die geschilderte Art und Weise des Eigenbetriebs Kita aus seinen eigenen Erfahrungen kennt.

### zu 9.3 Herr Döring zum Kitaportal

---

**Herr Döring** wies darauf hin, dass Frau Brederlow für heute ein Konzeptentwurf zur Online Datenvergabe Kita angekündigt hat. Er erkundigte sich, wann dieses Konzept den Ausschussmitgliedern vorgestellt wird.

**Frau Dr. Schaarschmidt** sagte, dass sich dieses Kitaportal derzeit in einem Entwurfstatus befindet. Es gibt eine technische Vorstellung, die momentan mit der IT-Consult Halle (Saale) verhandelt wird. Die konkrete Umsetzung kann zeitlich noch nicht benannt werden.

**Herr Döring** bemerkte, dass in einem Interview bei TV Halle die Umsetzung des Portals im Jahr 2020 benannt wurde.

**Frau Dr. Schaarschmidt** sagte, dass hinsichtlich der Haushaltssituation noch keine Priorität zur Umsetzung erfolgen kann. Somit können keine konkreten Zeitangaben geäußert werden.

#### **zu 9.4 Frau Fischer zur Geschwisterermäßigung**

---

**Frau Fischer** teilte mit, dass aus verschiedenen Kuratoriumssitzungen der Eindruck besteht, dass Eltern überlegen ihre Kinder bis zur 6. Klasse in den Hort zuschicken. Diesen Rechtsanspruch gibt es. Es wird erwartet, dass weniger Plätze frei werden, weil die Kinder noch über die Übergangsphase hinaus in den Hort bleiben.

#### **zu 9.5 Frau Jahn zum Onlinevergabesystem Kita**

---

**Frau Jahn** bemerkte, dass verschiedene Träger dieses Onlinevergabesystem Kita noch nicht kennen. Sie erkundigte sich, ob es bereits Gespräche dazu gab. Es muss in Erfahrung gebracht werden, ob alle freien Träger dabei sind.

**Frau Dr. Schaarschmidt** betonte, dass sich freie Träger zu diesem Thema einbringen können. Der Eigenbetrieb befindet sich in einem Modellstatus und wird somit mit diesem Portal beginnen. Die freien Träger sollen dazu gewonnen werden. Es besteht aber kein Zwang.

#### **zu 9.6 Frau Haupt zur Kinderarmut**

---

**Frau Haupt** erwähnte einen Zeitungsartikel zur Kinderarmut. Hierbei wurde das Problem in der Silberhöhe zur Essensversorgung geäußert. Sie regte ein Fachgespräch zu diesem Thema an, um einen Austausch über Verbesserungsmöglichkeiten zu ermöglichen.

**Frau Dr. Schaarschmidt** teilte mit, dass im nächsten Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses über das Starke-Familien-Gesetz informiert wird.

#### **zu 9.7 Herr Schachtschneider zum Allgemeinen Sozialen Dienst**

---

**Herr Schachtschneider** erkundigte sich nach dem aktuellen Stand von Überlastungsanzeigen, Stellenbesetzungen, offenen Stellen und dem momentanen Krankheitsstand im Allgemeinen Sozialen Dienst.

**Herr Frolow** sicherte für die Frage eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 9.8 Frau Wießner zu einem Presseartikel**

---

**Frau Wießner** erwähnte einen Presseartikel bezüglich eines Brandschadens bei den Tagemüttern. Sie fragte die Verwaltung, ob dieser Brandschaden bekannt sei.

**Herr Frolow** verneinte dies.



## zu 10 Anregungen

---

### zu 10.1 Themenspeicher

---

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

### zu 10.2 Frau Gellert zur Aggression und Gewaltbereitschaft in Grundschulen und Horten

---

**Frau Gellert** regte an, die Aggression und Gewaltbereitschaft in Grundschulen und Horten nochmals in den Themenspeichern aufzunehmen. Dazu könnten auch verantwortliche von Schulen und Horten eingeladen werden.

**Frau Dr. Schaarschmidt** sagte, dass es auf den Themenspeicher steht, aber keinem Datum zugeordnet ist. Dieses Thema wird für 2020 terminlich eingerichtet.

### zu 10.3 Herr Senius zur Kinderarmut

---

**Herr Senius** regte hinsichtlich zum Thema Kinderarmut an, das die wissenschaftlichen Thesen des Prof. Sackmann im Jugendhilfeausschuss und im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vorgestellt werden.

**Frau Schaarschmidt** sagte, dass die SPD Fraktion Stadt Halle (Saale) ein Prüfauftrag zu diesem Sachverhalt erstellt hat. Die Verwaltung prüft nun genau dieses Vorgehen. Sie stellte in Frage, ob es sinnvoll ist, vor dieser Prüfung die Ausführungen von Herr Prof. Sackmann anzuhören.

**Herr Senius** antwortete, dass es gerade vor dieser Prüfung dringend erforderlich wäre.

**Herr Dr. Wend** unterstütze die Anregung von Herrn Senius.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für \_\_\_\_\_ die  
Richtigkeit

---

Dr. Detlef Wend  
Ausschussvorsitzender

---

René Lukas  
Protokollführer